



Nicht im Garten eines Eltviller Bürgers, sondern im Hof der Eltviller Burg steht diese prächtige Platane.

Archivfoto: Heinz Margielsky

# Ausschuss für „Baumfördersatzung“

Stadtentwicklungsausschuss Eltville für mehr Anreize und weniger Bestrafung / „Villa Elvers“: JoHo interessiert

Von Oliver Koch

**ELTVILLE.** Geht es nach dem Stadtentwicklungsausschuss (SEA), bekommt Eltville statt einer Baumschutzsatzung eine „Baumfördersatzung“. Darüber soll sich nun die Verwaltung Gedanken machen – und zugleich prüfen, welche Kosten auf die Stadt zukommen, wenn sie Bürger beim Anpflanzen von Bäumen unterstützt. Die Beschlussempfehlung ans Stadtparlament fasste der SEA mit sieben Stimmen von CDU, FDP und FEB; SPD und Grüne enthielten sich.

Im aktuellen Entwurf für eine Regelung zum Baumschutz liegt der Schwerpunkt auf Bestrafen, klagte Christian Werner (CDU). Vorgesehen ist, dass Bäume ab 60 Zentimeter (Nadelbäume ab 90 Zentimeter) Stammumfang erhalten und nur mit Genehmigung der Stadt gefällt werden dürfen; dann sind Ersatzpflanzungen oder Ausgleichszahlungen nötig. Bei „Schwarzfällungen“ drohen laut Entwurf Geldbußen bis 100000 Euro.

„Wir sollten zu Neupflanzungen animieren, weniger bestra-

fen“, sagte Werner. Insofern habe sich im Vergleich zu einem früheren Satzungsentwurf nichts geändert. Aus den Reihen der CDU hieß es, dass es in der Bevölkerung mit Blick auf eine Baumschutzsatzung Bedenken und kritische Stimmen gebe. Vor einer „riesigen Gängelung von Grundstückseigentümern“ warnte Alexander Koziol (CDU). „Die Leute empfinden das als Rieseneingriff.“ Besser sei es, den Bürgern Anreize für Neupflanzungen zu geben.

Gegen einen solchen Passus habe man nichts einzuwenden, sagte Sigrid Hansen (Grüne), hob aber zugleich den Schutzcharakter einer Baumschutzsatzung hervor. Sie appellierte an die Politik, das Thema „nicht wieder anderthalb Jahre zu verschleppen“. Man könne gerne Anreize schaffen, aber eine Regelung mit Sanktionen sei eben auch nötig. Sonst stelle sich die Frage, warum man Tempo-30-Schilder aufstelle, wenn sich keiner daran halte.

Das Argument, dass die Leute im Zweifel heimlich oder kurz vor Erreichen des kritischen

Stammumfangs Bäume absägen würden, ließ Hansen nicht gelten. „Dann ergibt auch eine Fördersatzung keinen Sinn.“ Auch gab sie zu bedenken, dass sich ein großer, alter Baum mit Krone nicht einfach mit einem neu angepflanzten Jungbäumchen ersetzen lasse. Am Ende setzte sich die CDU mit dem Antrag durch, die Stadt möge eine Satzung zur Förderung von Neuanpflanzungen prüfen.

**JoHo denkt über Bau von „Medicum“ nach**

Kein Thema im Ausschuss waren die Obstbäume. Ob diese auch unter die Satzung fallen sollten, wollte das Stadtparlament, so beschlossen im Februar, von der Verwaltung geprüft haben. Andere Kommunen handhabten das Thema uneinheitlich, heißt es in den Unterlagen. Für einen Schutz von Obstbäumen spreche, genauso wie bei anderen Bäumen, ihre ökologische und stadtgestalterische Funktion. Daher sollte die Satzung Obstbäume umfassen, so die Anregung.

Abermals befasste sich der Ausschuss mit dem geplanten Bebauungsplan für das Gebiet „Villa Marix/Villa Elvers“. Wie berichtet, wollte Osama Abu Hassan, Eigentümer der Fläche zwischen Villa Elvers und der Residenz Rheingauer Tor, hier ein Literaturhotel beziehungsweise ein Schlaflabor samt Arztpraxen errichten.

Im Februar hatte es für einen Bebauungsplan-Entwurf der Stadtverwaltung, der die Gebäudegrundfläche im Vergleich zu einem älteren Entwurf verringerte, keine Mehrheit gegeben. SPD, FDP und Grüne setzten damals durch, dass der Magistrat einen Entwurf in den bisherigen Abmachungen vorlegen sollte.

Der neue Entwurf sieht nun vor, dass maximal 21 Prozent der Fläche überbaut werden dürfen, im Februar-Entwurf waren es 20 Prozent. Von einer neuen Entwicklung wusste Bürgermeister Patrick Kunkel (CDU) zu berichten: Demnach hat inzwischen das Josefs-Hospital (JoHo) Interesse daran, auf der Fläche ein „Medicum“ zu verwirklichen. Damit wäre die Angst einiger

vom Tisch, dass Hassan Wohnbebauung mache, so Kunkel. Die Pläne sahen vor, dass das JoHo in Hassans Auftrag das Projekt entwickle und er hier ein Schlaflabor realisiere; für den Rest seien Arztpraxen geplant.

Eigentlich könne man sich an dieser Stelle gar keine Bebauung vorstellen, sagte Koziol. Man sei nicht per se gegen ein Ärztehaus, halte aber auch das nicht für optimal. Daher sei aus Sicht der CDU der Bebauungsplan-Entwurf von Februar das „Maximum“ – unabhängig von der Nutzung. Stefan Röss (FDP) sprach sich dagegen aus, den Status quo wieder infrage zu stellen.

Da Ausschussvorsitzender Ludwig Jung (CDU) wegen möglicher Befangenheit nicht an der Beratung dieses Punktes teilnahm, herrschte zwischen CDU und FEB auf der einen sowie SPD, FDP und Grünen auf der anderen Seite Stimmgleichheit – damit war der CDU-Antrag abgelehnt. Für die Auslegung des neuen Entwurfs gab es eine Mehrheit von fünf zu vier Stimmen bei einer Enthaltung. Das letzte Wort hat das Parlament.